

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. Dezember 2021

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine Neuaufnahmen in die burgenländische Grundversorgung“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Keine Neuaufnahmen in die burgenländische Grundversorgung“

Die Corona-Pandemie hat ihre 4. Welle erreicht, wieder einmal wurde trotz aller Versprechen ein Lockdown verordnet. In deren Schatten verschärft sich auch die Situation an Österreichs Grenze zu Ungarn. Mehr als 16.000 Flüchtlinge sind heuer bereits über das Burgenland nach Österreich gekommen, im gesamten Staatsgebiet sind es bereits mehr als 30.000. Über Gruppierungen – zum Großteil junge Männer – bis zu 50 Personen wird von Anrainern in Grenzgemeinden berichtet, diverse Videos kursieren dazu in den sozialen Medien.

Die Staatsgrenze wird aber nicht nur zu Fuß übertreten, auch das Geschäft der Schlepper hat wieder Fahrt aufgenommen. Bei einer Schlepperfahrt im Herbst mussten 2 der 27 (!) Flüchtlinge mit ihrem Leben bezahlen. Erinnerungen an 2015 werden wach. Anfang November wurde sogar der Klingenbacher Bürgermeister von einem Asylwerber aus der örtlichen Unterkunft des Bundes attackiert und dessen Auto beschädigt. Folge dessen forderte die SPÖ den damaligen Innenminister Nehammer auf zu handeln, setzte aber selbst offenbar keinerlei Maßnahmen im Rahmen der Grundversorgung.

Nicht umsonst ist die Bevölkerung verunsichert. Realität ist, dass die in Österreich registrierten Asylwerber irgendwo untergebracht werden müssen, zumal es nur wenige Zurückweisungen bzw. Rückführungen gibt. Zuletzt verdichteten sich etwa in Tobaj im Bezirk Güssing die Gerüchte, dass eine private Asylunterkunft wesentlich vergrößert werden soll. Auch die Gefahr der Einrichtung eines neuen Bundesquartiers auf burgenländischem Boden bleibt unter dem ÖVP-geführten Innenministerium aufrecht.

Jetzt ist die Landesregierung am Zug. Anstatt anzukündigen, dass Pflegeeltern auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen können und auf Basis des Mindestlohnes beim Land angestellt werden, sollte der Landeshauptmann keine Neuaufnahmen in die burgenländische Grundversorgung mehr dulden und diese „Einladungspolitik“ beenden.

Es wird daher erforderlich sein, mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, einen Aufnahmestopp in der burgenländischen Grundversorgung durchzuführen, nicht zuletzt wegen der jüngsten Vorfälle, sondern auch als Signal an Schlepper und Flüchtlinge. Das Burgenland braucht in Zeiten von Corona nicht auch noch eine weitere Flüchtlingskrise. Wir Freiheitliche bleiben deshalb auch bei unseren Forderungen nach einem Grenzzaun, der sofortigen Abschiebung auffälliger Asylwerber und der Errichtung von Asylzentren in Drittstaaten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge aufgrund der jüngsten Vorkommnisse mit Asylwerbern und der stark gestiegenen Aufgriffszahlen die Grundversorgungsvereinbarung gem. § 15a B-VG dahingehend aussetzen, dass keine Neuaufnahmen in die burgenländische Grundversorgung mehr stattfinden;
2. bis dahin selbst Bewilligungen von neuen oder der Erweiterung von bestehenden Asylunterkünften auf Eis zu legen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zuzuweisen.